

BEGRÜNDUNG TEIL II UMWELTBERICHT

11 ALLGEMEINES

11.1 Umweltschutz in der Bauleitplanung

Umweltschützende Belange sind in die Abwägung einzubeziehen. Seit der Einführung des EAG-Bau ist für diese Belange, die in § 1a (6) Nr. 7 BauGB ausführlich definiert werden, eine Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB durchzuführen. In der Umweltprüfung werden die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet. Der Umweltbericht ist entsprechend § 2a BauGB als gesonderter Teil der Begründung dem Bebauungsplan beizufügen.

Der Umweltbericht wird den Behörden und der Öffentlichkeit zur Stellungnahme vorgelegt. In einer „zusammenfassenden Erklärung“ nach § 10 (4) BauGB wird erläutert, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden. Nach § 4c BauGB ist eine Überwachung der erheblichen Auswirkungen des Bebauungsplans auf die Umwelt durchzuführen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Umweltprüfung ist das Scoping nach § 2 BauGB. Dabei legt die Gemeinde unter Beteiligung der Behörden Umfang, Detaillierungsgrad und Methode der Umweltprüfung fest.

Der Grünordnungsplan mit dem Grünordnungskonzept nach § 1a (3) BauGB wird sinnvollerweise in den Umweltbericht integriert.

11.2 Scopingverfahren

Nach § 2 (4) BauGB wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung das sogenannte Scoping durchgeführt und ein Vorschlag, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der umweltschützenden Belange für die Abwägung zu erfolgen hat, vorgelegt. Mit dieser Unterlage wurden die Behörden aufgefordert, innerhalb einer angemessenen Frist zur geplanten Umweltprüfung eine Stellungnahme abzugeben sowie Informationen, die für die Umweltprüfung zweckdienlich sind, zur Verfügung zu stellen.

12 AUFGABENSTELLUNG

12.1 Art und Umfang des Vorhabens/Nutzungsbestand

Das Plangebiet mit einer Größe von ca. 0,26 ha liegt zentral im Ortsteil Mitteltal, südlich der Murg und in direktem Anschluss an die bestehende Bebauung entlang des Orspachweges. Mit der Aufstellung des Bebauungsplans „Orspachweg“ beabsichtigt die Gemeinde Baiersbronn die bestehende Bebauung entlang des Orspachweges sinnvoll zu ergänzen.

zen und neuen Wohnraum in der Gemeinde zu schaffen. Im Teil I der Begründung wird das Vorhaben umfangreich dargestellt.

12.2 Standortalternativen

Durch die vorliegende Planung soll die bestehende Bebauung entlang des Orspachwegs sinnvoll abgerundet werden. Die Eigentümer sind an die Gemeinde mit einer entsprechenden Bitte herangetreten. Die Flächen sind im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde als Wohnbauflächen dargestellt, so dass sich die Aufstellung des Bebauungsplans folgerichtig aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Auf eine Standortalternativenprüfung wurde aufgrund der genannten Rahmenbedingungen sowie der umfangreichen Untersuchungen im Zuge der Aufstellung des Flächennutzungsplans verzichtet. Eine entsprechende Alternativenprüfung erfolgte auf der Ebene der Flächennutzungsplanung durch die darzustellenden Wohnbauflächen.

12.3 Vorschlag zum Untersuchungsgebiet

Das engere Untersuchungsgebiet bildet der Geltungsbereich des Bebauungsplans „Orspachweg“. Der weitere Untersuchungsraum bezieht sich auf mögliche umweltrelevante Auswirkungen wie das Landschaftsbild, die über die direkten Eingriffe, d.h. über den Geltungsbereich des Bebauungsplans hinausgehen.



Abbildung 1: Luftbild Mitteltal ohne Maßstab (Quelle: maps.google)

13 WIRKUNG DES VORHABENS UND ERHEBLICHKEIT

13.1 Erheblichkeit der Beeinträchtigungen

Nach § 2 (4) BauGB sind bei der Umweltprüfung nicht alle Wirkungszusammenhänge zu untersuchen, sondern nur diejenigen, die „nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethode sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bebauungsplans angemessener Weise verlangt werden“ können. Nach dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist sowohl die Erforderlichkeit als auch die Zumutbarkeit einer weiteren Untersuchung maßgebend. Die Gemeinde legt fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der relevanten Belange für die Abwägung erforderlich ist. Im vorliegenden Fall handelt es sich um die Abrundung der bestehenden Bebauung um zwei Gebäude entlang einer bestehenden Straße. Durch die Planung wird der Siedlungsrand ergänzt. Beeinträchtigungen sind insbesondere bei dem Schutzgut Boden/Wasser zu erwarten, da zusätzlich bisher unversiegelte Flächen in Anspruch genommen werden.

Andere auftretende Auswirkungen wie z.B. das Landschaftsbild, sind im vorliegenden Fall entweder durch entsprechende Maßnahmen (z.B. gestalterischer Art) vermeid- bzw. minimierbar, oder aufgrund der momentanen ungünstigen Ausprägung von Schutzguteigenschaften (Vorbelastung) nicht erheblich.

13.2 Relevanzmatrix

Die nachfolgend dargestellte Tabelle (Relevanzmatrix) zeigt die möglichen Wirkungszusammenhänge zwischen den Wirkfaktoren des Vorhabens und den Schutzgütern auf. Potentiell erhebliche Beeinträchtigungen werden als abwägungsrelevante Auswirkungen dargestellt.

	Mensch (Bewohner, Nachbarn, Erholungssuchende)	Tiere, Pflanzen und Lebensräume	Boden und Wasser	Luft und Klima	Stadt- und Landschaftsbild	Sach- und Kulturgüter
Bauphase	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	-	<input type="checkbox"/>	-
Flächenverbrauch, Neuversiegelung	-	<input type="checkbox"/>	■	-	<input type="checkbox"/>	-
Betriebslärm	-	-	-	-	-	-
Schallemissionen außerhalb Plangebiet (Verkehr)	-	-	-	-	-	-
Schallemissionen innerhalb Plangebiet (Verkehr)	-	-	-	-	-	-
Luftschadstoffe	-	-	-	-	-	-
Trennwirkung	-	-	-	-	-	-

- relevant, weiterer Untersuchungsbedarf für Abwägungsmaterial, da potentiell erhebliche Beeinträchtigung
- relevant, jedoch kein weiterer Untersuchungsbedarf, da für Abwägung unerheblich. Begründung: Vorbelastung durch bestehende Nutzung, Konflikt-Vermeidung bzw. -Minimierung bei der Planung, Wissenslücken oder voraussichtlich unerhebliche Beeinträchtigung
- nicht relevant, keine erhebliche Beeinträchtigung

14 AKTUELLER ZUSTAND UND PLANUNG

14.1 Rechtlich administrative Vorgaben

Die folgende Liste dient zum Abgleich des Plangebiets mit möglichen Flächenrestriktionen:

Flächenkategorie	Vorkommen
Natura 2000 FFH-Gebiet	Nr. 7415342 „Oberes Murgtal“ ca. 70 m entfernt (Murg)
Vogelschutzgebiet	Nr. 7415441 „Nordschwarzwald“ ca. 500 m entfernt
Besonders geschützte Biotope	nein
Biotope nach §32 BNatSchG	nein
Naturschutzgebiet	nein
Naturdenkmal	nein
Landschaftsschutzgebiet	nein
Geschützter Grünbestand	nein
Grünzäsur	nein
Naturpark	Schwarzwald Mitte/Nord
Regionaler Grünzug	nein
Mindestflur Landwirtschaft (Regionalplan)	ja
Wasserschutzgebiet	nein
Quellenschutzgebiet	nein
Regionaler Grundwasserschonbereich	nein

Überschwemmungsgebiet

nein

14.2 Bestandsanalyse

14.2.1 Vorbemerkung

Die Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes setzt sich zum einen aus den heutigen Nutzungen, der Nutzungsintensität und den dadurch resultierenden Vorbelastungen und zum anderen aus der Ausprägung der natürlichen Faktoren zusammen. Als Grundlage dienen die im Internet abrufbaren Daten der LUBW, des Regierungspräsidiums sowie örtliche Begehungen durch die Fachplaner. Die Bewertung der Umweltbelange wird im Folgenden verbal argumentativ erläutert.

Boden

Vorbemerkung

Zur Berücksichtigung der Einzelfunktionen für das Schutzgut Boden sind gemäß dem § 2 (2) Nr. 1 a.) bis c.) des Bundesbodenschutzgesetzes zu untersuchen:

- Natürliche Bodenfruchtbarkeit
- Funktion als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf
- Funktion als Filter und Puffer für Schadstoffe
- Standort für die natürliche Vegetation

Grundlage für die Bewertung stellen der Landschaftsplan von Baiersbronn, sowie die Bodenübersichtskarte von BW im M. 1: 200.000 dar.

Bestand

Das Plangebiet liegt im Talsystem der Murg. Hier besteht das kristalline Grundgebirge aus Gneis und Granit sowie granitischen Ganggesteinen. Das Festgestein im Untergrund wird durch skeletthaltige, meist flach- bis mittelgründige Böden überlagert, die aus sandig-lehmigen Schuttdecken bestehen, deren Lehmgehalt teilweise stark schwankt. Diese aufgelagerten Schichten nehmen zu den Hängen hin ab.

Aus diesen sandigen und lehmigen Substraten haben sich im Einflussbereich der Murg zumeist Auenböden entwickelt, während an den Hängen der Einfluss des Wassers abnimmt und überwiegend Braunerden entstanden sind. In den steileren Talbereichen ohne entsprechende Auflagerungen haben sich Parabraunerden und Mullranker entwickelt.

Bewertung

Das Plangebiet liegt im Talbereich der Murg. Es ist dementsprechend davon auszugehen, dass dem kristallinen Grundgebirge fluviale Gesteine unterschiedlicher Gesteinsgröße aufgelagert sind. Der Untergrund besteht demnach aus sandig-lehmigen Schuttdecken, die einen skelettreichen, meist flach- bis mittelgründigen Boden darstellen. Hieraus haben sich außerhalb des direkten Einflusses der Murg meist basenarme Braunerden entwickelt. Die weisen als Standort für Kulturpflanzen eine geringe bis mittlere nutzbare Feldkapazität auf. Hinzu kommt die bewegte Topographie, die die landwirtschaftliche Nutzung er-

schwert. Als Standort für eine natürliche Vegetation wird der Boden als gering bis mittel bewertet.

Aufgrund der geringen Mächtigkeit des Oberbodens und der schwankenden Korngrößenverteilung ist die Bedeutung des Bodens als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf differenziert zu betrachten. In Bereichen mit einem hohen Lehmanteil im Boden ist dieser für das anfallende Niederschlagswasser kaum zu durchdringen, so dass das Wasser oberflächennah abgeleitet wird und hangabwärts in die Murg entwässert. In den Bereichen mit einem geringeren Lehmanteil kann das Niederschlagswasser auch in die tieferen Bodenschichten eindringen, so dass eine ausgleichende Funktion des Bodens bei Regenereignissen eher gegeben ist. Die genaue Bodenbeschaffenheit im Plangebiet ist nicht bekannt, aufgrund der Nähe zur Murg sowie der Lage im Bereich des Tals kann jedoch davon ausgegangen werden, dass der Lehmanteil eher höher ist. Dementsprechend wird die Funktion des Bodens als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf als gering bis mittel eingestuft, zumal die Geländeneigung einen oberflächennahen Abfluss des anfallenden Niederschlagswassers begünstigt. Auch die Filter- und Puffereigenschaften sind dementsprechend als gering bis mittel einzustufen, zum einen aufgrund der geringen Mächtigkeit des aufgelagerten Oberbodens, zum anderen aufgrund der geringen Durchlässigkeit des Bodens für das anfallende Niederschlagswasser.

Zusammenfassend weist der Boden im Plangebiet insgesamt eine geringe bis mittlere Bedeutung für die ökologische Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Bodenfunktionen auf.

Durch die Planung entsteht eine zusätzliche Versiegelung. Damit sind ein Eingriff und zugleich ein unwiederbringlicher Verlust der Bodenfunktionen verbunden.

Prognose Nullfall

Für den Prognose-Nullfall sind keine Veränderungen hinsichtlich des Schutzguts Boden zu erwarten, da die bestehende landwirtschaftliche Nutzung fortgesetzt werden würden.

14.2.2 Wasser

Vorbemerkung

Für das Schutzgut Grundwasser ist vor allem die Nutzung der bestehenden Grundwasservorkommen zur Trinkwasserversorgung entscheidend. Diesbezüglich ist somit insbesondere die weitgehende Erhaltung der Grundwasserneubildung sowie die Sicherung der Grundwasserqualität ausschlaggebend.

Bestand

Der geologische Untergrund im Plangebiet besteht aus kristallinem Grundgebirge des Paläozoikums. Darüber befinden sich als vorherrschende Bodentypen meist basenarme Braunerden, die aus skeletthaltigen, lehmig-sandigen Strukturen aufgebaut sind.

Bewertung

Aufgrund der Topografie ist mit keiner Hochwassergefährdung durch die Murg zu rechnen.

Im Plangebiet kann wegen der topographischen Lage von einer verstärkten Oberflächenentwässerung in die Talauen ausgegangen werden. Hinzu kommt, dass der Boden auf-

grund des unterschiedlichen Lehmannteils in seiner Wasserdurchlässigkeit teilweise eingeschränkt sein könnte, so dass insgesamt mit einer sehr geringen bis geringen Bedeutung des Plangebiets für die Grundwasserneubildung ausgegangen werden kann.

Durch die zusätzliche Versiegelung durch die geplante Bebauung ist demnach nur mit einer geringen Verringerung der Grundwasserneubildung zu rechnen.

Die Empfindlichkeit des Grundwassers gegenüber Schadstoffeinträgen wird im Hinblick auf die Filter- und Pufferfunktion der Grundwasserdeckschichten (Bodenfunktionen) abgeschätzt. Durch das geringe Filter- und Puffervermögen der Bodendeckschicht ergeben sich gewisse Risiken für die Grundwasserqualität insbesondere bei wasserlöslichen Schadstoffen. Da der Bereich jedoch als Wohngebiet entwickelt wird, ist ein möglicher Eintrag von Schadstoffen als sehr gering anzusehen. Dagegen wird die heutige intensive landwirtschaftliche Nutzung aufgegeben, so dass der Eintrag von Düngemitteln und Pestiziden verringert werden kann.

Prognose Nullfall

Für den Prognose Nullfall sind keine Veränderungen hinsichtlich des Schutzguts Wasser zu erwarten.

14.2.3 Pflanzen und Tiere

Bestand

Das Plangebiet liegt im Randbereich des Murg-Tals an einem nordwest-orientierten Hang. Es wird intensiv landwirtschaftlich bewirtschaftet, nur im nördlichen Randbereich des Flurstücks 1696/2 stehen wenige Büsche und kleinere Bäume. Auf der Fläche steht ein kleiner Schuppen.

Bewertung

Das Plangebiet hat aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung keine besondere Bedeutung für das Schutzgut Tiere und Pflanzen. Lediglich die Gehölzstrukturen und der kleine Schuppen im Nordwesten des Plangebiets haben eine Bedeutung. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurde eine artenschutzrechtliche Abschätzung erarbeitet (diese liegt dem Umweltbericht als Anlage bei). Diese kommt zu dem Schluss, dass bei Einhaltung von verschiedenen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen keine Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG bei den artenschutzrechtlich relevanten Tier- und Pflanzenarten besteht. Die Maßnahmen wurden in den Bebauungsplan aufgenommen, wie beispielsweise der Erhalt und Schutz der bestehenden Heckenstruktur, die Ausbildung der Außenbeleuchtung in insektenschonender Bauweise oder der Hinweis zur Baufeldräumung. Darüber hinaus wird im Süden der bebaubaren Grundstücke die Anlage einer extensiv gepflegten Streuobstwiese festgesetzt, so dass die Ausstattung des Naturraumes ergänzt wird.



Foto: Bestehende Heckenstruktur im Süden des Plangebiets, das Gebäude ist das Wirtschaftsgebäude außerhalb des Plangebiets (eigenes Foto, Juni 2016)

Schutzgebiete, FFH Erheblichkeit - Natura 2000 Gebiete, Biotope

Negative Auswirkungen auf das FFH- Gebiet Nr. 7415311 „Wilder See – Hornisgrinde und Oberes Murgtal“ entlang der Murg sind aufgrund der Entfernung von ca. 80 m, der vorhandenen Biotopstruktur und dem dazwischen liegenden Siedlungskörper nicht zu erwarten.

Im Westen in einer Entfernung von ca. 500 m liegt das Vogelschutzgebiet Nr. 7415441 „Nordschwarzwald“. Auch hier sind negative Auswirkungen insbesondere aufgrund der großen Entfernung und der trennenden Bebauung auszuschließen.

Das Landschaftsschutzgebiet „Seitentäler der Murg“ liegt südlich des Plangebiets in einer Entfernung von über 1,2 km. Durch die Planung werden die Schutzzwecke dieses Gebietes nicht tangiert, so dass auch hier keine negativen Auswirkungen durch die Planung zu erwarten sind.

Geschützte Biotope liegen nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zum Plangebiet, so dass auch hier keine negativen Auswirkungen zu erwarten sind.

Prognose Nullfall

Für den Prognose Nullfall sind keine wesentlichen Veränderungen hinsichtlich des Schutzgutes Pflanzen, Tiere und ihre Lebensräume sowie biologische Vielfalt zu erwarten.

14.2.4 Klima und Luft

Bestand

Das Klima von Baiersbronn mit seinen Ortsteilen ist insgesamt als gemäßigt ozeanisch getönt/gemäßigt humid anzusprechen.

Die mittlere Jahrestemperatur mit einer durchschnittlichen Sonnenscheindauer von 1.718 Stunden, beträgt 6,5 °C. Der mittlere Jahresniederschlag liegt bei 1.400 mm. Die Hauptwindrichtung ist West/Südwest (zusammen 51,3%). Selten sind raue Nord- und Nordostwinde (zusammen 15,3%) anzutreffen.

Insgesamt muss das Klima der Gemeinde als kühl und niederschlagsreich bezeichnet werden. Die Nebelhäufigkeit im Winterhalbjahr liegt im Jahr bei niedrigen 68,6 Tagen.

Bioklimatisch liegt die Gemeinde im Bereich des Schonklimas, da auf Grund der Höhenlage im Winter, die für die Region typische Inversionswetterlage durch eine Inversionschicht ausgelöst wird, die meist unter 600 m ausgebildet ist, so dass Baiersbronn über dem dichten, winterlichen Hochnebel liegt. Die Höhenlage der Gemeinde bewirkt jedoch auch einen erhöhte Zahl an Frosttagen (jährlich durchschnittlich etwa 114,8 Tage) sowie eine erhöhte Anzahl an Tagen mit einer Schneedecke.

Bewertung

Aufgrund der Lage am Ortsrand bzw. im Talraum der Murg ist im Plangebiet mit einer sehr guten Be- und Entlüftung zu rechnen.

Die Zunahme von Luftschadstoffen durch zusätzlichen Verkehr und Heizungen wird aufgrund der geringfügigen Erweiterung mit insgesamt nur 2 Baukörpern als gering eingeschätzt.

Die Empfindlichkeit örtlicher Windsysteme auf die geplante Bebauung wird als ebenfalls gering angesehen, da die vorherrschenden Windsysteme stark genug sind, Barrieren zu umströmen, insbesondere wenn entsprechende Strömungsschneisen freigehalten werden.

Prognose Nullfall

Für den Prognose Nullfall sind gegenüber der Bestandssituation keine wesentlichen Veränderungen hinsichtlich des Schutzguts Klima und Luft zu erwarten.

14.2.5 Orts- und Landschaftsbild

Vorbemerkung

Mit dem Begriff Landschaft sind neben seiner Bedeutung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere die ästhetischen Qualitäten des Untersuchungsraumes zu verstehen. Zusammenfassend werden diese Qualitäten mit dem Begriff Landschaftsbild beschrieben, in dem auch das Ortsbild miteinbezogen ist.

Bestand

Das Plangebiet liegt im Ortsteil Mitteltal der Gemeinde Baiersbronn, südlich der Murg im Hangbereich. Das Plangebiet wird heute intensiv landwirtschaftlich genutzt, nur eine klei-

ne Gehölzstruktur im Norden hat straßenbegleitend eine die Landschaft strukturierende Wirkung. Das Orts- und Landschaftsbild ist geprägt durch die verstreuten Hausgruppen entlang der schmalen Erschließungsstraßen, unterbrochen von intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen. Dieses Mosaik ist in unterschiedlicher Konzentration der einzelnen Elemente prägend für die gesamte Gemeinde, so dass an der Erhaltung dieser Strukturen ein großes Interesse seitens der Gemeinde Baiersbronn besteht.

Bewertung

Durch den nun vorliegenden Bebauungsplan sollen zwei Bauvorhaben ermöglicht werden, die unmittelbar an die bestehende Bebauung angrenzen und diese sinnvoll abrunden. Darüber hinaus soll ein Teil des Geltungsbereichs als private Grünfläche erhalten werden um diese Struktur der aufgelockerten Bebauung zu erhalten und langfristig zu sichern. Hinzu kommt, dass auf dieser privaten Grünfläche auch die Gehölzstrukturen verortet sind, so dass auch diese als prägende Elemente erhalten werden können.

Der Eingriff in das Schutzgut Orts- und Landschaftsbild kann dementsprechend als gering bewertet werden.

Prognose Nullfall

Für die Prognose-Nullfall sind keine wesentlichen negativen Veränderungen hinsichtlich des Schutzguts Orts- und Landschaftsbild zu erwarten.

14.2.6 Mensch und Erholung

Bestand

Das Plangebiet liegt am südlichen Ortsrand von Mitteltal und ist durch die bestehende Bebauung sowie die intensive landwirtschaftliche Nutzung bereits vorgeprägt. Die zur Bebauung vorgesehenen Flächen werden überwiegend landwirtschaftlich als Wiese oder Ackerflächen genutzt.

Bewertung

Durch die geplante Nutzung als Allgemeines Wohngebiet mit zwei zusätzlichen Baukörpern, ist mit keinen wesentlichen Beeinträchtigungen auf den Menschen innerhalb und außerhalb des Plangebiets zu rechnen.

Im Rahmen der Baumaßnahme kann es temporär zu einer erhöhten Belastung durch Emissionen (Lärm, Staub) kommen. Nach Abschluss der Baumaßnahmen sind diese jedoch nicht mehr existent.

Durch die zusätzliche Bebauung ist mit einem geringfügig erhöhten Verkehrsaufkommen auf der bestehenden Straße zu rechnen. Wesentliche negative Auswirkungen auf den Menschen im und außerhalb des Plangebiets sind jedoch nicht zu erwarten.

Veränderungen des Kleinklimas, welche die Gesundheit des Menschen spürbar beeinträchtigen können, sind aufgrund der örtlichen Windverhältnisse bzw. guten Be- und Entlüftung in diesem Bereich nicht relevant.

Als Freiraum und für die Naherholung hat das Plangebiet aufgrund der bestehenden Nutzungen, Größe und Lage nur eine geringe Bedeutung.

Prognose Nullfall

Für den Prognose-Nullfall ergeben sich für das Schutzgut Mensch keine wesentlichen Veränderungen.

14.2.7 Sach- und Kulturgüter

Bestand/Bewertung

Im Plangebiet sind keine Kultur- und Sachgüter bekannt.

14.2.8 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Die zu betrachtenden Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Dabei sind Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, Verlagerungseffekte und Wirkungszusammenhänge des Naturhaushaltes, der Landschaft und der Menschen zu betrachten.

Die Wechselbeziehungen der einzelnen Schutzgüter und ihre Beziehungen untereinander werden ermittelt und in folgender Tabelle (nach Schrödter 2004) dargestellt:

	Boden	Wasser	Pflanzen/ Tiere	Klima/Luft	Land- schafts- bild/ Erholung	Mensch
Boden	-	Einflussfaktor für die Boden- genese	Zusammen- setzung der Bodenfauna, Einfluss auf die Boden- genese	Einflussfaktor für die Boden- genese	Grundstruktur für unter- schiedliche Böden	Trittbelastung, Verdichtung Strukturverände- rung, Verände- rung der Boden- eigenschaften
Wasser	Grundwas- serfilter und Wasser- speicher	-	Vegetation als Wasser- speicher	Steuerung der Grund- wasser- neubildung	Einflussfaktor für das Mikroklima	Eutrophierung und Stoffeinträge, Gefährdung durch Verschmut- zung
Pflanzen/ Tiere	Standort und Standort- faktor für Pflanzen, Standort und Lebensme- dium für hö- here Tiere und Boden- lebewesen	Standort- faktor für Pflanzen und Tiere	-	Luftqualität und Stand- ortfaktor	Grundstruktur für unter- schiedliche Biotope	Störungen und Verdrängungen von Arten, Tritt- belastung und Eutrophierung, Artenverschie- bung
Klima/ Luft	Einfluss auf das Mikro- klima	Einflussfaktor für die Verduns- tungsrate	Steuerung des Mikro- klimas z.B. durch Be- schattung	-	Einflussfaktor für die Aus- bildung des Mikro- klimas	-
Land- schafts-	Bodenrelief z.B. verblie-	-	Vegetation als charakte-	Landschafts- bildend z.B.	-	Neubaustrukturen, Nutzungsän-

	Boden	Wasser	Pflanzen/ Tiere	Klima/Luft	Land- schaftsbild/ Erholung	Mensch
bild/ Er- holung	bene Schluten als charakteristische Landschaftselemente		ristisches Landschaftselement	durch die Ablagerung von Löss		derung, Veränderung der Eigenart
Mensch	-	Grundwasser als Brauchwasserlieferant und ggf. zur Trinkwassersicherung	Störungen und Verdrängen von Arten, Trittbelastung und Eutrophierung	Steuerung der Luftqualität und des Mikroklimas. Beeinflussung des Wohnumfeldes und des Wohlbefindens	Erholungsraum	-

Wechselwirkungen der Umweltbelange untereinander sind, soweit sie erkennbar oder von Belang sind, in der Beschreibung und Bewertung der einzelnen Schutzgüter bereits enthalten. Die Wechselwirkungen im Zuge von Baumaßnahmen, die durch den Bebauungsplan verursacht werden, beziehen sich im Wesentlichen auf die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung und damit auf das Schutzgut Boden. Aufgrund der Größe, Lage und Bestandssituation sind größere Beeinträchtigungen der Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Schutzgütern durch die Planung nicht zu erwarten.

14.3 Umweltschutz

14.3.1 Sparsame Energienutzung

Anlagen, die zur regenerativen Energiegewinnung dienen (Solaranlagen/ Fotovoltaik), sind im gesamten Plangebiet zulässig. Grundsätzlich eignen sich die geplanten Gebäude für die Nutzung regenerativer Energien, da sowohl Gebäudeausrichtung, mögliche Dachneigung, als auch mögliche Dachaufbauten so festgesetzt sind, dass technische Anlagen möglich sind. Die Lage des Plangebiets an einem nördlich ausgerichteten Hang könnte jedoch zu Einschränkungen in der Nutzbarkeit solarer Energie führen, dies ist jedoch im Rahmen der konkreten Planung im Einzelfall zu prüfen.

14.3.2 Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie

Eine Verpflichtung zur Nutzung erneuerbarer Energien ergibt sich aus dem Erneuerbaren-Wärme-Gesetz (EWärmeG) in Baden Württemberg vom 20.11.2007. Danach soll bei Neubauten ein Fünftel des Wärmebedarfs durch erneuerbare Energien gedeckt werden.

Photovoltaikanlagen und Sonnenkollektoren sind im Plangebiet auf allen Dächern zugelassen.

14.3.3 Umweltgerechte Ver- und Entsorgung

Die Ver- und Entsorgung ist über den Anschluss an das bestehende Leitungssystem möglich. Die Abwasserentsorgung erfolgt durch das vorhandene örtliche Kanalsystem.

14.4 Landwirtschaft

Die Ausweisung des Wohngebiets mit 2 Bauplätzen entlang des Orspachweges beansprucht 0,26 ha, die Landwirtschaftsflächen der Untergrenzflur sind. Diese Einschätzung beruht auf einer landesweit durchgeführten Einstufung aller landwirtschaftlichen Flächen unter Berücksichtigung fachlicher Kriterien. Die Fläche wird landwirtschaftlich genutzt, aufgrund der geringen Größe der Fläche ist jedoch eine Existenzgefährdung nicht zu erwarten. Die Gemeinde Baiersbronn hat bereits im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplans die Belange der Landwirtschaft in die Abwägung eingestellt und geprüft, ob andere Wohngebietsentwicklungen möglich wären, die geringere Flächenverluste für die Landwirtschaft zur Folge hätten. Solche Flächen wurden jedoch nicht gefunden, da die bestehende Siedlung von Mitteltal nachhaltig erweitert werden sollte und auch andere Flächen für die Landwirtschaft von Bedeutung sind.

Die Raumnutzungskarte des Regionalplans 2015 legt für den Bereich ein Vorbehaltsgebiet für die Mindestflur fest. Diese Gebiete sollen gemäß PS 3.3.3 G (4), Regionalplan 2015 von einer Bebauung freigehalten werden. Da es sich jedoch um einen geringfügigen Eingriff handelt und die Bebauung auch aus Sicht des Regionalverbandes eine sinnvolle Ergänzung des Siedlungsbestandes entlang der Straße darstellt, werden die Belange der Landwirtschaft zurückgestellt.

Den Belangen der Landwirtschaft stehen die dringende Nachfrage nach Wohnflächen sowie die Abrundung der bestehenden Siedlung in Mitteltal gegenüber. Der dringende Flächenbedarf wurde im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplans dargelegt. Weiterhin wurde darauf geachtet, dass durch Ausgleichsmaßnahmen nicht zusätzlich landwirtschaftliche Flächen entzogen werden. Der Ausgleich kann innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans realisiert werden.

Die Bewirtschaftung der südlich angrenzenden Flurstücke ist sichergestellt. Sie erfolgt über ein bestehendes Geh- und Fahrrecht über das Flurstück Flst.Nr. 1770. Dieses ist im Grundbuch gesichert.

14.5 Prognose

14.5.1 Nullfall

Bei Nichtdurchführung der durch den Bebauungsplan vorbereitenden Nutzung ist aller Voraussicht nach mit einer Fortführung der heutigen Nutzungen als intensive Weide- oder Wiesenfläche zu rechnen. Vor allem für die Schutzgüter Boden und Wasser ergibt sich ein günstigerer Zustand. Als Grund sind nicht stattfindende Eingriffe in den Boden (Versiegelung) zu nennen (Prognose Nullfall siehe auch einzelne Schutzgüter).

14.5.2 Planfall

Die im Bebauungsplan vorgesehene Nutzung als Allgemeines Wohngebiet erzeugt unterschiedliche Auswirkungen, die bau-, anlage- und betriebsbedingter Art sein können, mit

teilweise Folgewirkungen variabler Reichweite und Intensität für die einzelnen Schutzgüter.

Beeinträchtigungen, welche die bestehende Situation voraussichtlich erheblich verschlechtern können (potenziell erhebliche Beeinträchtigungen) sind bei dem Schutzgut Boden durch die zusätzliche Versiegelung und damit dem unwiederbringlichen Verlust der Bodenfunktionen gegeben. Alle anderen Beeinträchtigungen auf Schutzgüter wie das Landschaftsbild, Pflanzen/Tiere und den Menschen können durch entsprechende Maßnahmen minimiert bzw. kompensiert werden.

14.6 Technisches Verfahren sowie mögliche Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung des Umweltberichts

Bei den bei der Umweltprüfung verwendeten technischen Verfahren handelt es sich um Ortsbegehungen von Fachplanern, Einholung von Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie der Erstellung eines Bestandsplans mit Analyse der einzelnen Biotopbereiche. Aufgrund der Übersichtlichkeit des Gebiets und der guten Zusammenarbeit mit den Behörden traten keine größeren Schwierigkeiten auf.

14.7 Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen (Monitoring)

Ziel der Umweltüberwachung ist die Prüfung, ob bei der Durchführung von Plänen Umweltauswirkungen eintreten, die bei den Prognosen der Umweltauswirkungen in der Erstellung des Umweltberichts nicht, bzw. nicht in der entsprechenden Ausprägung ermittelt worden sind. Gegenstand der Umweltüberwachung sind erhebliche prognostizierte Umweltauswirkungen im Hinblick darauf, ob sie z. B. in prognostizierter Intensität, räumlicher Ausbreitung und zeitlichem Verlauf auftreten, sowie unvorhergesehene Umweltauswirkungen. Erheblich prognostizierte Umweltauswirkungen sind aufgrund der Vorbelastung durch bestehende Gebäude und Straßen nicht zu erwarten. Die Wirkung der Eingrünung des Plangebiets mit standortheimischen Bäumen und Sträuchern ist nach der Pflanzung im Abstand von jeweils 5 Jahren zu prüfen.

15 EINGRIFFS-/ AUSGLEICHSSITUATION

15.1 Eingriffssituation

Durch die Planung findet insgesamt eine zusätzliche Versiegelung durch Gebäude und Erschließungsflächen statt. Somit ist ein Eingriff in die Schutzgüter Boden und Wasser verbunden. Das Plangebiet wird überwiegend intensiv landwirtschaftlich genutzt, die kleinflächigen Gehölzstrukturen im Norden des Plangebiets können erhalten werden, so dass der Eingriff in das Schutzgut Tiere und Pflanzen als gering bewertet werden kann.

Der Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild ist trotz der exponierten Lage aufgrund der Vorbelastung sowie durch die geplanten Minimierungsmaßnahmen als gering zu bewerten.

Für die Erholung und das Klima hat das Plangebiet aufgrund der Vorbelastung, Größe und Lage eine geringe Bedeutung.

15.1.1 Arten und Biotope

Bewertung des Bestandes nach Ökokontoverordnung (nach digital. Grundlagen ermittelt):

Nr.	Nutzung	Bestand in m²	Feinmodul	Pkt.	Gesamt Pkt.
1.	Intensivwiese als Dauergrünland (33.61)	2.536	6	6	15.216
2.	Feldgehölz (41.10) (F1)	66	10-17-27	17	1.020
	Summe	2.596			16.236

Bewertung der Planung nach Ökokontoverordnung (nach digitalen Grundlagen ermittelt):

Nr.	Nutzung	Planung in m²	Planmodul	Pkt.	Gesamt Pkt.
1.	Intensivwiese als Dauergrünland (33.61)*	481	6	6	2.886
2.	Feldgehölz (41.10)* (F1)	66	17	17	1.122
3.	Garten (60.60)	964	6-12	6	5.784
4.	Bauwerke (60.10)	622	1	1	622
	F2: Anpflanzung Obstwiese (33.41, 45.40b)	463	8 -13 -19 +2 + 4	17	7.871
	Summe	2.596			18.285

* die bestehende Nutzung sowie die Hecke Flst.Nr. 1696/2 bleibt erhalten, daher geht die Hecke unverändert in die Bilanzierung ein

15.1.2 Boden

Der Umweltbelang Boden wird gemäß der Arbeitshilfe „Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung“ (LUBW, 2012) bzw. der Ökokonto-Verordnung vom 19.12.2010 mit seinen einzelnen Bodenfunktionen bilanziert (Natürliche Bodenfruchtbarkeit, Ausgleichskörper im Wasserkreislauf, Filter und Puffer für Schadstoffe, Sonderstandort für naturnahe Vegetation). Mit Hilfe von Kenngrößen des Bodens werden diese Funktionen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit in die Bewertungsklassen 0 (versiegelte Flächen, keine Funktionserfüllung) bis 4 (sehr hohe Funktionserfüllung) eingeteilt. Für die Bodenfunktion „Sonderstandort für naturnahe Vegetation“ werden nur Standorte der Bewertungsklasse 4 (sehr hoch) betrachtet. Erreicht die Bodenfunktion „Sonderstandort für naturnahe Vegetation“ die Bewertungsklasse 4 (sehr hoch), erhält der Boden auch in der Gesamtbewertung die Wertstufe 4.

In allen anderen Fällen wird die Wertstufe des Bodens durch das Bilden des arithmetischen Mittelwerts aus der (Einzel-)Bewertung der weiteren drei Bodenfunktionen ermittelt.

Insgesamt findet eine zusätzliche Flächenversiegelung von ca. 0,06 ha statt. Während der Bauphase findet eine temporäre Beanspruchung von Boden statt. Bei sachgerechtem Umgang mit dem Boden sind während der Bauphase, mit Oberbodenabtrag, sachgerechter Zwischenlagerung, Unterbodenlockerung und Auftrag des Oberbodens nach Abschluss der Bauarbeiten (Rekultivierung) Veränderungen des Bodengefüges möglich, jedoch keine nachhaltigen Beeinträchtigungen vorhandener Bodenfunktionen zu erwarten,

so dass auf eine detaillierte Bilanzierung der temporären Eingriffe verzichtet werden kann.

Die nachfolgende Berechnung des Kompensationsbedarfs erfolgt über die Bewertungsmatrix der Ökokontoverordnung. Hierbei werden den ermittelten Wertstufen der Bodenbewertung Kennzahlen zugeordnet und entsprechende Ökopunktwerte ermittelt.

Tabelle: Ermittlung der Bodenbewertung nach Ökokontoverordnung vom 19.12.2010

	Bewertungsklassen für Bodenfunktionen*	Wertstufe Gesamtbewertung	Ökopunkte/ m ²	Fläche in m ²	Ökopunkte Gesamt
Braunerde / Parabraunerde	1,5 - 1,5 - 1,5	1,5	6	622	3.732

*Die einzelnen Ziffern der Bewertungsklasse entsprechen jeweils einer der Bodenfunktionen „Ausgleich im Wasserkreislauf“, „Filter und Puffer für Schadstoffe“ und „Natürliche Bodenfruchtbarkeit“.

15.1.3 Ergebnis

Gemäß den Vorgaben der Ökokontoverordnung wurden die Eingriffe in die Schutzgüter Tiere und Pflanzen sowie Boden durch die zusätzliche Flächenversiegelung innerhalb des Plangebiets bewertet. Beim Schutzgut Boden wurde durch Umrechnung in Ökopunkte ein Ausgleichsbedarf von 3.732 Ökopunkten ermittelt. Beim Schutzgut Tiere und Pflanzen kann durch die geplanten Maßnahmen der Eingriff vollständig ausgeglichen werden und es besteht ein verbleibender Überschuss von 2.049 Ökopunkten. Dieser Überschuss kann als Ausgleich für den Eingriff in das Schutzgut Boden verwendet werden, so dass insgesamt ein Defizit von 1.683 Punkten verbleibt. Dieses Defizit wird in die Abwägung eingestellt, unter der Maßgabe, dass durch die festgesetzten Maßnahmen schutzgutübergreifend Verbesserungen auch bezüglich der anderen Schutzgüter wie Wasser (Verbesserung der Grundwasserneubildung, Verzicht auf Düngung) und Landschaftsbild erreicht werden können.

15.2 Kompensation – Grünordnerische Maßnahmen

Innerhalb des Plangebiets werden verschiedene grünordnerische Maßnahmen vorgesehen. Damit kann der zusätzliche Eingriff in die Schutzgüter Pflanzen und Tiere und das Landschaftsbild sowie das Schutzgut Boden minimiert bzw. ausgeglichen werden. Als Maßnahmen zum Ausgleich bzw. zur Kompensation im Zusammenhang mit den einzelnen Schutzgütern werden im Bebauungsplan festgesetzt:

15.2.1 Boden

- Verbot von kupfer-, zink- und bleigedeckten Dächern, wenn sie nicht beschichtet, oder in ähnlicher Weise behandelt sind, so dass eine Ausschwemmung von Metallionen in den Boden nicht zu befürchten ist
- Pflanzgebote für standortheimische Bäume und Sträucher im Rahmen einer Streuobstwiese, Verzicht auf Düngemiteleintrag
- Anlage der unbebauten Flächen bebauter Grundstücke als Grünflächen

- Hinweise zur Behandlung des Bodens

15.2.2 Wasser

- Ausführung von Stellplatzflächen in einer wasserdurchlässigen Oberflächenbefestigung (z.B. Rasengittersteine, Pflaster mit Rasenfugen bzw. anderen wasserdurchlässigen Fugen, Schotterrasen, wassergebundene Decke)
- Verbot von kupfer-, zink- und bleigedeckten Dächern, wenn sie nicht beschichtet, oder in ähnlicher Weise behandelt sind, so dass einen Ausschwemmung vom Metallionen in den Boden nicht zu befürchten ist
- Extensive Begrünung der Dächer von Garagen, Carports und Nebengebäuden im Bereich einer Dachneigung von 0° bis 15°

15.2.3 Klima/Luft

- Ein- und Durchgrünung des Plangebiets mit standortheimischen Bäumen und Sträuchern
- Aufgelockerte Bebauung mit grundstücksbezogenen Baufenstern
- Extensive Begrünung der Dächer von Garagen, Carports und Nebengebäuden im Bereich einer Dachneigung von 0°-15°
- Anlage der unbebauten Flächen bebauter Grundstücke als Grünflächen

15.2.4 Arten/Biotope

- Erhalt und dauerhafte Pflege der bestehenden Hecken und Bäume auf der privaten Grünfläche im Westen
- Anlegen, pflegen und erhalten einer extensiv gepflegten Streuobstwiese in den südlichen Grundstücksbereichen
- Pflanzgebot von standortheimischen Bäumen und Sträuchern auf den privaten Grundstücksflächen in Form von Streuobstwiesen im Süden
- Anlage der unbebauten Flächen bebauter Grundstücke als Grünflächen (Gärten etc.)
- Geländeabstützungen sind in Trockenbauweise als Mauern aus Buntsandstein oder Granit auszuführen
- Außenbeleuchtung in umweltschonender Bauweise mit einer Abstrahlung nach unten

15.2.5 Orts- und Landschaftsbild

- Ausbildung der Dächer von Hauptgebäuden als Satteldächer in roter bis rotbrauner oder dunkelgrauer bis anthrazitfarbener Ziegel- oder Betoneindeckung
- Ausschluss von Wellfaserzement, Dachpappe und glänzenden Materialien
- Begrenzung von Einfriedigungen auf eine Höhe von 0,80 m, sowie von Sockeln und Mauern von 0,50 m zu den öffentlichen Verkehrsflächen
- Zulässigkeit von Einfriedigungen nur als Holzzaun mit senkrechter Lattung oder in Form von freiwachsenden Laubgehölzen
- Zulässigkeit von Geländeabstützungen nur in Trockenbauweise als Mauern aus Buntsandstein oder Granit
- Zulässigkeit von nur einer Antenne (z.B. Gemeinschaftsantenne) pro Gebäude

- Satellitenantennen müssen den gleichen Farbton wie die dahinterliegende Gebäudefläche aufweisen
- Beschränkung von Abgrabungen und Aufschüttungen dahingehend, dass die Gebäudefassade maximal 6,50 m in Erscheinung treten darf

Über diese konkreten Maßnahmen in Zusammenhang mit der Bebauung im allgemeinen Wohngebiet hinaus, wird ein Teil des Plangebiets als private Grünfläche im Bebauungsplan dargestellt. Hier können die vorhandenen Gehölzstrukturen geschützt werden, die Freifläche bleibt bestehen, so dass die Sichtbeziehungen verbleiben und somit das Orts- und Landschaftsbild erhalten wird. auch bezüglich des Schutzgutes Tiere und Pflanzen kann durch diese Grünfläche der Freiflächenverbund erhalten werden, da auf der gegenüberliegenden Seite des Orspachweges ebenfalls Freiflächen zwischen der Bebauung bestehen.

16 ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG

Im vorliegenden Umweltbericht werden der derzeitige Umweltzustand des Plangebietes und seiner Umgebung sowie die Auswirkungen der Planung auf die verschiedenen Schutzgüter dargestellt. Im Umweltbericht sind entsprechende grünordnerische Maßnahmen integriert.

Durch die Realisierung des Bebauungsplans „Orspachweg“ werden ca. 0,20 ha bisher landwirtschaftlich genutzter Wiesenflächen neu in Anspruch genommen und etwa 0,06 ha neu versiegelt. Dies hat in erster Linie Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden und Grundwasser, da die belebte Bodenschicht in diesem Bereich verschwindet und die Grundwasseranreicherung nicht mehr über die gesamte Fläche gewährleistet ist. Der Eingriff in das Schutzgut Boden ist nicht vermeidbar und wird durch interne Kompensationsmaßnahmen, sowie schutzgutübergreifende Maßnahmen innerhalb des Plangebiets kompensiert. Der Eingriff in das Schutzgut Wasser ist geringfügiger, da aufgrund der Geländeneigung davon auszugehen ist, dass das anfallende Niederschlagswasser auch weiterhin oberirdisch abfließt.

Insbesondere durch die geringe Größe der Fläche wird ein Eingriff in das Schutzgut Tiere und Pflanzen in geringem Umfang durch die Planung vorbereitet. Durch Maßnahmen innerhalb des Plangebiets wie die Anlage und Gestaltung der unbebauten Flächen als Gärten und Streuobstwiese oder der Erhalt der bestehenden Bäume und Sträucher können die Eingriffe minimiert und ausgeglichen.

Die geplante Bebauung stellt keinen wesentlichen Eingriff in das Landschaftsbild dar, da die bestehende Bebauung sinnvoll abgerundet wird und entsprechende Maßnahmen zur Eingrünung des Plangebiets in den Bebauungsplan aufgenommen wurden. Auch für das Schutzgut Mensch ergeben sich keine Beeinträchtigungen da das Plangebiet außer für die Grundstückseigentümer selbst, keine Funktion im Sinne der Naherholung hat. Darüber hinaus gehen keine Emissionen von der geplanten Nutzung aus. Die Beeinträchtigung des Schutzgutes Klima / Luft ist auf Grund der Größe und Fläche des Plangebiets nicht erheblich.

Sach- und Kulturgüter sind von der Planung nicht betroffen.

17 VORHANDENE INFORMATIONEN / PLANGRUNDLAGEN

- Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau; Bodenkarte von Baden-Württemberg
- Landschaftsplan Baiersbronn/Schwarzwald von 1991
- Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LFUBW) Umweltdatenbank
- Regionalplan Nordschwarzwald 2015

Gemeinde Baiersbronn, den 8.8.2017

Ruf
Bürgermeister



fsp stadtplanung

Fahle Stadtplaner Partnerschaft mbB
Schwabentorring 12, 79098 Freiburg
Fon 0 76 1/36875-0, www.fsp-stadtplanung.de

Der Planverfasser

Bebauungsplan Orspachweg, Gemeinde Baiersbronn

Artenschutzrechtliche Abschätzung -

Grundlage für eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung

Auftraggeber: Gemeinde Baiersbronn
Oberdorfstr. 46
72270 Baiersbronn

Auftragnehmer:

BIOPLAN Forschung
Planung
Beratung
Umsetzung

Nelkenstraße 10
77815 Bühl / Baden



Projektbearbeitung: **DR. MARTIN BOSCHERT** Diplom-Biologe
Landschaftsökologe, BVDL
Beratender Ingenieur, INGBW
Dr. ALESSANDRA BASSO
M. Sc. Science of Natural Systems (Biologie)
STEFAN FAßBENDER
M. Sc. Naturschutz und Biodiversitätsmanagement



Bebauungsplan Orspachweg, Gemeinde Baiersbronn

Artenschutzrechtliche Abschätzung -

Grundlage für eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP)

1.0 Anlass und Aufgabenstellung

Für den Bebauungsplan Orspachweg, Gemeinde Baiersbronn, ist zu prüfen, ob die Zugriffs- und Störungsverbote nach § 44 (1) BNatSchG verletzt werden können. Betroffen sind alle europarechtlich geschützten Arten (alle europäischen Vogelarten sowie alle Anhang IV-Arten nach FFH-RL) sowie solche Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 (1) Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind (besonders geschützte und streng geschützte Arten nach BArtSchV § 1 und Anlage 1 zu § 1). Die Arten des Anhangs II der FFH-Richtlinie werden mitberücksichtigt, da nach dem Umweltschadengesetz (USchadG) Arten und ihre Lebensräume der Anhänge II und IV der FFH-Richtlinie sowie bestimmte europäische Vogelarten relevant sind.

Um den Aufwand zur Ermittlung der im Gebiet möglicherweise vorkommenden, europarechtlich geschützten Arten in Grenzen zu halten, wird eine artenschutzrechtliche Abschätzung durchgeführt, die jedoch eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung nicht ersetzen kann. Diese artenschutzrechtliche Abschätzung prüft, welche europäisch geschützten Arten im Gebiet vorkommen können, und leitet mögliche Konfliktpunkte her. Auf Grundlage dieser artenschutzrechtlichen Abschätzung ist zu entscheiden, ob weitere (Gelände-)Untersuchungen notwendig sind. Gleichzeitig dient sie als Grundlage für eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP). Die Betroffenheit einzelner Arten kann nicht zwangsweise mit der Erfüllung von Verbotstatbeständen gleichgesetzt werden. Dies bedarf einer genaueren Betrachtung in einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP).

2.0 Betrachtungsraum

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans erstreckt sich südlich entlang des Orspachwegs in Baiersbronn-Mitteltal. Vom Orspachweg aus steigt der Geltungsbereich an. Am Straßenrand befindet sich eine niedrige, verputzte Steinmauer gefolgt von einer Böschung, die im westlichen Bereich der Oberkante mit Gehölzen bewachsen ist. Die übrigen Bereiche bestehen aus Wiesen. Auf diesen steht ein kleiner Holzschuppen. Westlich und östlich grenzt der Geltungsbereich an bereits bebaute Flächen an.

3.0 Vorgehensweise

Die artenschutzrechtliche Abschätzung basiert auf den Erkenntnissen eines Vororttermins am 15. Juli 2016 unter Hinzuziehung der Kenntnis und der teilweise langjährigen Beschäftigung der Gutachter über Verbreitung, Lebensraum bzw. Lebensweise der einzelnen artenschutzrechtlich relevanten Tiergruppen und Arten, aber auch auf der Kenntnis des Naturraumes.

4.0 Schutzgebiete und kartierte Biotope nach NatSchG und LWaldG

In etwa 300 m Entfernung südlich des Geltungsbereiches befindet sich der kartierte Biotop '6 Naßwiesen S Mitteltal. Weitere kartierte Biotope nach *LWaldG* bzw. § 32 *NatSchG* befinden sich in noch größerer Entfernung. Durch die Umsetzung des Vorhabens ist aufgrund der räumlichen Distanz nicht von Auswirkungen auf diese Biotope auszugehen.

Ungefähr 70 m nördlich des Geltungsbereiches befindet sich ein Teil des *NATURA 2000 - Gebietes* 7415-311 'Wilder See - Hornisgrinde und Oberes Murgtal', hier der Verlauf der Murg. Dieses ist durch die Umsetzung des Vorhabens nicht betroffen.

5.0 Vorkommen und Betroffenheit der europäischen Vogelarten i.S.v. Art. 1 VSchRL und der FFH-Anhang IV-Arten

artenschutzrechtlich relevante Tierarten und Tiergruppen

Vögel

Im Geltungsbereich wurden während des Vororttermins je zwei *Bachstelzen*, *Rabenkrähen* und *Hausrotschwänze* sowie je ein Individuum von *Elster*, *Kohlmeise* und *Buchfink* angetroffen. Direkt benachbart gelangen Nachweise von *Hauszosterling* in Bereich des bebauten Gebietes sowie *Kiebitz* und *Turmfalke* im Bereich der Wiesen. Ferner konnten je eine *Saatkrähe*, *Rot-* und *Schwarzmilan* sowie mehrere *Mehlschwalben* bei der Nahrungssuche beobachtet werden.

Die einzigen Brutmöglichkeiten im Geltungsbereich bestehen jeweils bedingt in den Gehölzen, u.a. *Buchfink*, bzw. am kleinen hölzernen Schuppen durch zwei Nistkästen oder im Holzschuppen, da Fensterscheiben zerbrochen sind. Hier könnten *Bachstelze*, *Hausrotschwanz* oder *Kohlmeise* brüten. Die *Rabenkrähe* brütet angrenzend im bebauten Bereich. Dort sind auch weitere Arten wie *Amsel*, *Blau-* und *Tannenmeise* oder *Mönchsgrasmücke* zu erwarten.

Im Zuge von Baufeldräumung und Bauarbeiten, insbesondere durch das Fällen von Gehölzen oder dem Abriß des kleinen Schuppens, kann es prinzipiell zur Tötung oder Verletzung von



Individuen verschiedener Vogelarten kommen, wodurch der Verbotstatbestand der Tötung nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG erfüllt wäre. Da jedoch die wenigen Gehölze in einer geplanten Grünfläche liegen, ist nicht von einer Verletzung dieses Verbotstatbestandes auszugehen, wenn gleichzeitig beim Abriß des Schuppens Vermeidungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Erhebliche Störungen nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG sind für die im Gebiet vorkommenden und denkbaren Arten prinzipiell möglich, für die nachgewiesenen bzw. denkbaren Arten jedoch auszuschließen, da es sich um verbreitete und/oder häufige Vogelarten handelt, die als nicht bzw. wenig störungsanfällig gelten und die einen günstigen Erhaltungszustand der lokalen Population aufweisen, der sich durch den Eingriff nicht verändert.

Eine Erfüllung des Verbotstatbestandes der Zerstörung von Fortpflanzungsstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist prinzipiell möglich, da jedoch keine Brutvorkommen bestehen, werden keine Fortpflanzungsbereiche zerstört. Durch die Überbauung gehen auch Nahrungsflächen verloren. Bei sämtlichen nachgewiesenen Arten wie z.B. *Rot-* und *Schwarzmilan*, *Turmfalke*, *Rabenkrähe* oder *Mehlschwalbe* bleibt die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang vollständig erhalten, da für diese Arten aufgrund der Größe des Geltungsbereiches und aufgrund der Größe des Lebensraumaanspruches keine essentiellen Nahrungsflächen verloren gehen. Weitere Arten wie *Kiebitz* und *Saatkrähe* sind eher als Ausnahmeerscheinungen zu sehen.

Säugetiere

- Im Geltungsbereich selbst bietet der kleine Schuppen ausnahmsweise Einzelquartiere für Fledermäuse, jedoch kein Fortpflanzungsquartier. Die Gehölze sind ungeeignet. Quartiermöglichkeiten finden sich u.a. in benachbart liegenden Gebäuden.

Das Gelände selbst wird sicherlich von Individuen einiger Arten zur Nahrungssuche oder als Leitlinie genutzt, wobei aufgrund der Lebensraumausstattung keine essentielle Bedeutung zu erkennen ist.

Im Zuge von Baufeldräumung und Bauarbeiten, insbesondere durch das Fällen von Gehölzen und beim Abriss des Schuppens kann es ausnahmsweise zur Tötung oder Verletzung von Individuen verschiedener Fledermausarten kommen, wodurch der Verbotstatbestand der Tötung nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG erfüllt wäre. Durch Vermeidungsmaßnahmen kann dies verhindert werden.

Erhebliche Störungen nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG sind für die im Gebiet zu erwartenden Arten u.a. durch Lichtimmissionen nicht vollständig auszuschließen. Die Erfüllung des Verbotstatbestandes der Zerstörung von Fortpflanzungsstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3

BNatSchG ist ebenfalls möglich. Durch Vermeidungsmaßnahmen kann dies verhindert werden.

Eine Erfüllung des Verbotstatbestandes der Zerstörung von Fortpflanzungsstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wäre eventuell durch die Bebauung (Nahrungsflächen) und vorheriges Fällen und Roden von Gehölzen sowie dem Abriss des Schuppens (Einzelquartiere) möglich. Die Erfüllung des Verbotstatbestandes der Zerstörung von Fortpflanzungsstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist jedoch nicht gegeben, da es sich um Einzelquartiere handelt, die darüber hinaus nur ausnahmsweise genutzt werden. Aufgrund der Kleinräumigkeit des Eingriffs ist davon auszugehen, dass der Verlust dieser Einzelquartiere von umliegenden Flächen kompensiert werden kann.

- Die *Haselmaus* besitzt im Geltungsbereich keine ausreichend großen Lebensraumstrukturen, die darüber hinaus noch isoliert sind; ein Vorkommen ist ausgeschlossen. Für ein Vorkommen vom *Feldhamster* liegt keine ausreichend geeignete Lebensraumausstattung vor, und das Betrachtungsgebiet liegt außerhalb des Verbreitungsgebietes dieser Art. Weitere Arten wie *Wildkatze*, *Luchs* und *Wolf* können die Fläche allenfalls durchwandern, sie hat für diese jedoch keine essentielle Bedeutung. Ein Vorkommen des *Bibers* ist aufgrund fehlender Gewässer auszuschließen. Eine Betroffenheit, aber auch die Erfüllung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG sind für diese Arten auszuschließen.

Reptilien

Aufgrund der vorgefundenen Strukturen ist ein Vorkommen von artenschutzrechtlich relevanten Arten wie *Zauneidechse* in einem schmalen Bereich an der Nordgrenze des Geltungsbereiches nicht vollständig auszuschließen, jedoch aufgrund der dort vorgefundenen Strukturen eher unwahrscheinlich, da an dieser Geltungsbereichsgrenze u.a. die Böschung eine Nordausrichtung besitzt und die Mauer verfugt ist. Wenn überhaupt Vorkommen bestehen, so liegen sie im Bereich der Gehölze in einer zukünftigen privaten Grünfläche und bleiben so erhalten. Eine prinzipielle Betroffenheit, aber auch eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG für diese Art wird dadurch vermieden.

Weitere artenschutzrechtlich relevante Arten *Schlingnatter* oder *Mauereidechse* sind hingegen nicht zu erwarten, da Lebensraumstrukturen fehlen oder die Art im Naturraum, wie auch weitere Arten wie die *Westliche Smaragdeidechse*, nicht vorkommt. Damit ist auch eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG für diese Arten auszuschließen.

Amphibien

Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten dieser Gruppe, wie der *Kreuzkröte*, sind im Bereich des Planungsgebietes sowie unmittelbar angrenzender Bereiche aufgrund der vor-

Tabelle 1: Betroffenheit und weiteres Vorgehen bei den einzelnen artenschutzrechtlich relevanten Arten bzw. Gruppen. -- keine Betroffenheit, + Betroffenheit.

artenschutzrechtlich relevante Arten/Gruppen	Betroffenheit durch		weiteres Vorgehen
artenschutzrelevante Tiergruppen und Tierarten			
Vögel u.a.			
Schwarzmilan	--	--	--
Rotmilan	--	--	--
Turmfalke	--	--	--
Kiebitz	--	--	--
Mehlschwalbe	--	--	--
Rabenkrähe	--	--	--
Elster	--	--	--
Buchfink	+	Eingriff Gehölze	--
Hausperling	--	--	--
Kohlmeise	+	Abriss Schuppen	Vermeidung
Amsel	+	Eingriff Gehölze	Vermeidung
Hausrotschwanz	+	Abriss Schuppen	Vermeidung
Bachstelze	+	Abriss Schuppen	Vermeidung
Säugetiere			
Fledermäuse	+	Abriss Schuppen	Vermeidung
übrige Säugetierarten	--	--	--
Reptilien			
Zauneidechse	+	Zerstörung Lebensraum	Vermeidung
Mauereidechse	--	--	--
Schlingnatter	--	--	--
übrige Reptilienarten	--	--	--
Amphibien			
Kreuzkröte	--	--	--
übrige Amphibienarten	--	--	--
Fische / Rundmäuler	--	--	--
Muscheln	--	--	--
Krebse	--	--	--
Wasserschnecken	--	--	--
Landschnecken	--	--	--
Libellen	--	--	--
Holzkäfer	--	--	--
Wasserkäfer	--	--	--
Schmetterlinge			
Spanische Flagge	--	--	--
Nachtkerzenschwärmer	--	--	--
übrige Schmetterlingsarten	--	--	--
artenschutzrelevante Farn- und Blütenpflanzen sowie Moose und Flechten			
Farn- und Blütenpflanzen	--	--	--
Moose	--	--	--
Flechten	--	--	--



liegenden Lebensraumausstattung, u.a. fehlende geeignete Gewässer, auszuschließen. Weitere Arten wie *Gelbbauchunke* und *Kammolch* kommen ebenso wie die *Wechselkröte*, *Knoblauchkröte* oder *Alpensalamander*, nicht vor, da diese Arten im Naturraum fehlen. Eine Betroffenheit, aber auch eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG für diese Gruppe können ausgeschlossen werden.

Fische und Rundmäuler, Krebse, Muscheln, Wasserschnecken, Libellen, Wasser bewohnende Käfer

Artenschutzrechtlich relevante Arten aus diesen Gruppen sind im Naturraum anzutreffen, jedoch sind Vorkommen aufgrund der fehlenden Lebensraumausstattung im Geltungsbereich - fehlende Gewässer - ausgeschlossen. Daher können eine Betroffenheit, aber auch eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG für diese Arten ausgeschlossen werden.

Schnecken

Einzelne der artenschutzrechtlich relevanten Arten der ***Landschnecken*** (drei Windelschneckenarten der Gattung *Vertigo*, sämtlich Arten des Anhangs II der FFH-Richtlinie) kommen im Naturraum vor, im Geltungsbereich fehlen jedoch geeignete Lebensräume. Für diese Gruppe kann eine Betroffenheit, aber auch eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG ausgeschlossen werden.

Holzkäfer

Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten dieser Tiergruppe sind prinzipiell im Naturraum möglich, weitere Arten kommen allerdings im Naturraum nicht vor, wie *Heldbock* oder *Alpenbock*. Aufgrund der angetroffenen Strukturen, Fehlen von geeigneten Gehölzen, ist ein Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten nicht möglich. Eine Betroffenheit, aber auch eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG können daher ausgeschlossen werden.

Schmetterlinge

Die artenschutzrechtlich relevanten Nachtfalterarten *Nachtkerzenschwärmer* und *Spanische Flagge* kommen im Naturraum vor, fehlen jedoch im Geltungsbereich aufgrund nicht vorhandener Lebensraumstrukturen. Von den artenschutzrechtlich relevanten Tagfalterarten kommen *Großer Feuerfalter* oder *Heller Wiesenknopf-Ameisenbläuling* im Naturraum nicht vor, während der *Dunkle Wiesenknopf-Ameisenbläuling* an wenigen Stellen im Naturraum vorkommen kann, im Geltungsbereich aufgrund der Strukturen jedoch fehlt. Eine Betroffenheit, aber auch eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG sind daher auszuschließen.

Artenschutzrelevante Farn- und Blütenpflanzen sowie Moose und Flechten

Von den artenschutzrechtlich relevanten **Farn-** und **Blütenpflanzen**-Arten kommen wenige Arten im Naturraum vor, jedoch aufgrund fehlenden Lebensraumes nicht im Betrachtungsgebiet.

Von den vier noch in Baden-Württemberg vorkommenden, artenschutzrechtlich relevanten **Moos**-Arten kommt u.a. *Rogers Goldhaarmoos* im Naturraum vor, jedoch aufgrund fehlenden Lebensraumes nicht im Betrachtungsgebiet.

Die einzige artenschutzrechtlich relevante **Flechten**-Art, die Echte Lungenflechte - *Lobaria pulmonaria*, kommt im Naturraum vor, mangels geeigneten Lebensraumes jedoch nicht im Betrachtungsgebiet. Sie bewohnt überwiegend montane bzw. hochmontane, niederschlagsreiche, milde bis kühle Lagen. Vorkommen in submontanen bzw. collinen Stufen sind nicht mehr bekannt.

Eine Betroffenheit bzw. eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG kann für diese Gruppen ausgeschlossen werden.

6.0 Zusammenfassendes fachgutachterliches Fazit inklusive Minimierungs- und Vermeidungsmaßnahmen

Nach der artenschutzrechtlichen Abschätzung inklusive eines Vororttermines ist mit Vorkommen von relevanten Arten aus den Tiergruppen *Vögel*, *Säuger (Fledermäuse)* und *Reptilien (Zauneidechse)* zu rechnen. Dadurch können eine Betroffenheit, aber auch eine Verletzung von Verbotstatbeständen § 44 BNatSchG für diese Gruppen nicht ausgeschlossen werden. Für beide Tiergruppen werden daher Maßnahmen formuliert.

Für die übrigen artenschutzrechtlich relevanten Arten bzw. Gruppen sind keine Betroffenheiten, aber auch keine Verletzung der Verbotstatbeständen § 44 BNatSchG zu erkennen.

VM 1 - Baufeldräumung und Bauzeitenbeschränkung

- Die Baufeldräumung, insbesondere wenn Gehölze entfernt werden, aber auch beim Abriss des Schuppens, muss außerhalb der Fortpflanzungszeit von *Vögeln* stattfinden, damit keine Nester und Gelege von Vogelarten zerstört werden. Im Fall der *Fledermäuse* ist ein geeigneter Zeitpunkt nach der zweiten Frostperiode. Eine Frostperiode besteht aus drei Frostnächten. Der Abriss muss auf jeden Fall bis Ende Februar erfolgen.

- Sollte dies aus anderen, nicht artenschutzrechtlichen, Gründen nicht möglich sein, müssen beim Schuppen alle für Fledermäuse geeigneten Möglichkeiten unter Beisein eines Fledermauskundlers abgenommen bzw. unbrauchbar gemacht werden, bevorzugt während der

Wintermonate, um Fledermäuse abzuhalten, Zwischenquartiere zu beziehen. Danach muss der Schuppen in jedem Fall nach dem 1. März unmittelbar vor dem Abriss, d. h. am besten in der vorherigen Nacht, auf *Fledermaus*-Besatz hin untersucht werden. Sollten dann *Fledermaus*-Vorkommen nachgewiesen werden, muss im Rahmen des speziellen Artenschutzes nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.

Ferner müssen am Schuppen erkennbare Strukturen, die als mögliche Brutplätze für einige Vogel-Arten bzw. als *Fledermaus*-Quartier dienen, unbrauchbar oder verschlossen bzw. entfernt werden. Besonders betrifft dies u.a. Nischen und halbhöhlenartige Unterschlüpfе, z.B. für *Hausrotschwanz* oder *Bachstelze*. Hier muss zudem vorher eine Ausflugkontrolle bei *Fledermäusen* erfolgen, damit keine Tiere eingeschlossen werden.

VM 2 - Reduzierung der Flächeninanspruchnahme sowie Schutz benachbarter Bereiche

- Durch die Schonung des Bereiches mit den Gehölzen entlang der Böschungsoberkante und den Schutz durch die vorgesehene private Grünfläche bleibt der Bereich für *Vögel*, *Fledermäuse* und gegebenenfalls *Zauneidechse* weiterhin nutzbar. Es bietet sich an, diese private Grünfläche durch weitere Gehölzpflanzungen oder einen Steinriegel aufzuwerten. Dabei müssen gebietsheimische Gehölze mit dem Herkunftsgebiet 7 - Süddeutsches Hügel- und Bergland verwendet werden.

- Der Gehölzstreifen entlang Böschungsoberkante an der nördlichen Grenze des Geltungsgebietes muss geschont werden und vollständig in die geplante Grünfläche übernommen werden. Die Heckenstrukturen sind außerdem vor mechanischen Beschädigungen während der Planumsetzung zu schützen. Dies kann beispielsweise durch die Errichtung eines Bauzauns erreicht werden. Es ist darauf zu achten, dass kein Erdaushub oder Bauschutt im Bereich der Hecke abgeladen oder gelagert wird.

VM 3 - Vermeidung von Lichtimmissionen

- Grundsätzlich müssen bau-, anlagen- und betriebsbedingte Störungen von *Fledermaus*-Populationen durch Licht beim Durchflug und bei der Nahrungssuche durch geeignete Maßnahmen weitestgehend vermieden werden. Daher muss der Bereich nach Süden, der an Offenland grenzt, nicht mit Lichtquellen versehen werden, die nach Süden in das umliegende Gelände ausstrahlen, sondern diese müssen, ohne Streulicht, zielgerichtet sein.

Gesamtgutachterliches Fazit

Unter Berücksichtigung und vollständiger Umsetzung der genannten *Maßnahmen* ergibt sich aus fachgutachterlicher Sicht keine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG bei den artenschutzrechtlich relevanten Tier- und Pflanzenarten.